

KOMMENTAR

Was lange währt, wird endlich gut?



Foto: Großle

Mandy Koch

Landesvorsitzende der GdP Thüringen

Dass dieses jahrhundertealte Sprichwort nicht immer zutrifft, zeigen die Beschlüsse der politischen Entscheidungsträger in Thüringen im Hinblick auf die Einführung der Bodycam bei der Thüringer Polizei.

Nach einer fünf Jahre andauernden Pilotprojektphase hat der Innenausschuss des Thüringer Landtages am 6. Juli 2022 den Weg für eine Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) frei gemacht. Hiermit wurde endlich den Auswertungsergebnissen des Projektes, welche sich durch eine hohe Akzeptanz von Bürgern und Polizei auszeichneten, Rechnung getragen. Im Juliplenar des Thüringer Landtages wurde dann die Änderung des PAG beschlossen.

Rückblickend betrachtet war der Weg ein sehr steiniger. Die flächendeckende Einführung war lange Zeit umstritten. Rot-Rot-Grün hatte fortwährend bezweifelt, dass die Kameras helfen können, Kriminalität zu bekämpfen. Und so einigte man sich letztlich auf einen Gesetzesentwurf, welcher Aufnahmen in Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräu-

men ermöglichen soll, jedoch die Verwendung in Wohnungen nicht erlaubt. Die Bodycams werden mit Bild- und Tonaufnahmen sowie einer 30-sekündigen Pre-Recording-Funktion (dauerhaft laufende rückwirkende Aufzeichnung) ausgestattet sein. Diese Aufnahmen werden nach 30 Sekunden überschrieben, sofern nicht die dauerhafte Speicherung aktiviert wird.

Bis 2024 sollen die Geräte so umgerüstet sein, dass beim Einsatz von Schusswaffen – sprich, wenn die Waffe aus dem Holster gezogen wird – die Aufzeichnung automatisch beginnt. Außerdem können zukünftig die von einem Polizeieinsatz betroffenen Personen den Kameraeinsatz verlangen.

Die beschlossene Gesetzesänderung verstehen wir als GdP Thüringen als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Den gravierendsten und dringlichsten Änderungsbedarf sehen wir allerdings im Verbot der Verwendung der Bodycams in Wohnungen. Man stelle sich einen Schusswaffengebrauch in einer Wohnung vor. In einem solchen Fall würde – wie vorweg erwähnt – die automatische Aufzeichnung beginnen. Diese ist nun allerdings in Wohnungen nicht erlaubt! Wird von unseren Kolleg:innen in einer solch stressgeladenen Ausnahmesituation, in welcher zudem meist Eile geboten ist, erwartet, dass vorab die Kamera ausgeschaltet wird?

In dieser, sicherlich etwas überspitzt, dargestellten Situation wird aber das Dilemma deutlich, in welcher sich unsere Einsatzkräfte künftig befinden werden.

Die angesprochene Nachrüstung der automatischen Auslösung im Falle des Waffenziehens hat eine nahezu Verdopplung der Kosten zur Folge, was ein entsprechendes Ausschreibungsverfahren nach sich zieht. Demzufolge wird mit einer Einführung zu Beginn des Jahres 2025 gerechnet. Somit werden wiederum weitere zweieinhalb Jahre ins Land gehen, ehe die Geräte unseren Einsatzkräften zur Verfügung stehen.

Die GdP Thüringen war stets eine Verfechterin, als es um die flächendeckende Einführung der Bodycam ging, da für uns hierbei ganz eindeutig der Schutz unserer Kolleg:innen im Vordergrund stand und steht. Bei der

derzeitigen Gesetzesausgestaltung und avisierten Zeitdauer der Beschaffung drängt sich uns allerdings die Vermutung auf, dass zum einen der Schutz der Polizeibeamt:innen nicht mehr vordergründig ist, sondern es vielmehr um die Überwachung dieser geht, und zum anderen ein Verzögern der Einführung nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Bei aller Euphorie hinterlässt dies bei uns einen äußerst faden Beigeschmack, denn das hat mit Wertschätzung für unsere Kolleg:innen absolut nichts zu tun.

Die Erfahrungen im Bereich des Einsatz- und Streifendienstes zeigen, dass Einsätze im häuslichen Umfeld häufig von einem hohem Konfliktpotenzial geprägt sind und oftmals Verletzte zur Folge haben. Durch den Einsatz von Bodycams in solchen Lagen besteht die Möglichkeit, sowohl polizeiliches Handeln sowie die teilweise irrationalen Entwicklungen des Geschehens vor Ort nachvollziehbar und transparent darzustellen. Eine solch evidente Darstellung einer Situation kann sich somit für beide Seiten – Bürger und Polizei – be- sowie entlastend auswirken.

Der GdP Thüringen ist bewusst, dass es sich bei der Verwendung der Bodycam in Wohnräumen um einen weitreichenden Grundrechtseingriff handelt, jedoch überwiegt für uns eindeutig der präventive Aspekt, welcher durch den Einsatz gegeben ist. Zum einen können hierdurch Angriffe auf unsere Kolleg:innen reduziert werden und zum anderen eröffnet es umfangreiche Möglichkeiten im Bereich der Beweissicherung und Strafverfolgung. Auch eine objektive und realistische Einsatznachbereitung könnte hiermit weiter professionalisiert werden und somit unseren Einsatzkräften in künftigen ähnlich gelagerten Einsatzsituationen hilfreich sein.

Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen und Bayern machen es vor – hier wurde der Einsatz von Bodycams in privaten Wohnräumen bereits gesetzlich verankert. Wir fordern daher die politischen Entscheidungsträger in Thüringen auf, schnellstmöglich nachzubessern und dem Beispiel von Bayern und NRW im Sinne unserer Beamt:innen zu folgen! ■



GdP INTERN

Gespräch mit Justizminister

Ende Juni konnte die GdP Thüringen e. V. ein erstes Gespräch mit Justizminister Dirk Adams im Ministerium führen. An dem Gespräch nahm der Abteilungsleiter 4, Justizvollzug im Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, Thomas Schneider, teil. Landesvorsitzende Mandy Koch skizzierte bei dem Gespräch die Idee und Problemstellungen der GdP für den Justizbereich gegenüber dem Minister. Es spiegeln sich darin die Beschlüsse des Landesdelegiertentages wider, welche unter anderem die fachlichen Inhalte für die Gewerkschaftsarbeit darstellen.

Zu Beginn des Gespräches wurde ein regelmäßiger Gedankenaustausch vereinbart, welcher nun turnusmäßig stattfinden soll. Neben Mandy Koch waren der Kreisgruppenvorsitzende Justizvollzug, Christian Born, und der neu gewählte Hauptpersonalratsvorsitzende Justiz, Dirk Trautmann, beim Gespräch zugegen. Erstmals stellt die GdP Thüringen den Hauptpersonalratsvorsitzenden der Justiz und der Polizei.

Dirk Adams sind die Themen von Justiz und Polizei im Wesentlichen bekannt, da er vor seiner Berufung zum Justizminister innenpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen war. An vorderer Stelle stand der Austausch zur Anwärtersonderzulage. Aufgrund der fehlenden Neueinstellungen im letzten Jahr muss etwas passieren, dass die Anwärterzahlen vollständig ausgenutzt werden können und Thüringen ein attraktiverer Arbeitgeber wird. Durch den Föderalismus ist die Bezahlung bei Anwärterinnen und Anwärtern für den öffentlichen Dienst in Thüringen im unteren Be-

reich angesiedelt, sodass eine Anwärtersonderzulage weitere Anreize bringen soll. Nun gilt es, das Vorhaben über das Thüringer Finanzministerium zu transportieren und dort auch die Genehmigung zur Umsetzung zu erhalten. Dieses scheint kein einfacher Weg, den die GdP aber unterstützt.

Der Meinungsaustausch verlief in einer freundlichen Atmosphäre und war zielorientiert. Die beiden Vertreter des Justizvollzugsdienstes nutzten die Gelegenheit, ihrem

Minister und dem Abteilungsleiter die Sicht der Bediensteten zu verschiedenen Themen darzustellen. Die beruflichen Perspektiven in Form von Besoldung und Beförderungsmöglichkeiten wurden ebenso angesprochen wie Mängel, Unzulänglichkeiten oder organisatorische Probleme in einzelnen Justizvollzugsanstalten. Die GdP bereitet nun weiteren Gespräche vor, um im Sinne der Bediensteten Verbesserungen zu erreichen. DP berichtet dazu weiter. ■



Dirk Adams, Christian Born, Mandy Koch, Dirk Trautvetter und Thomas Schneider (v. r. n. l.)

DP – Deutsche Polizei
Thüringen

Geschäftsstelle
Auenstraße 38 a, 99089 Erfurt
Telefon: (0361) 59895-0
Telefax: (0361) 59895-11
gdp-thueringen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Edgar Große (V.i.S.d.P.)
Telefon (01520) 8862464
edgar.grosse@gdp.de



PARTEIEN

Gespräche des DGB mit der SPD

Erfurt (wg) Der DGB Hessen-Thüringen hatte am 21. Juli 2022 in Erfurt ins Haus Dacheröden zur Bezirksvorstandssitzung eingeladen. Im Rahmen der Sitzung fand auch ein Gespräch mit Vertretern der SPD Thüringen statt. Georg Maier als Landesvorsitzender der SPD Thüringen begrüßte und eröffnete den Austausch. Er hatte Diana Lehmann, stellv. Vorsitzende der SPD Thüringen und Landtagsabgeordnete, Carsten Feller, SPD-Vorstandsmitglied und Staatssekretär für Wirtschaft, Hochschulen und Digitales, Denny Möller, Beisitzer des Landesvorstands der SPD Thüringen und Landtagsabgeordneter, Kirsten-Joachim Breuer, Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD Thüringen, sowie Anja Zachow, Landesgeschäftsführerin der SPD Thüringen, mitgebracht. Im Gespräch ging es vor allem um die Themen Fachkräftesicherung, Ladenöffnungsgesetz, Transformationsprozesse in Thüringen, Technologieberatungsstelle sowie parlamentarische Debatten wie u. a. Verfahren des Vergabegesetzes.

Einen großen Raum nahm die Debatte um die Versorgungssicherheit ein. Die Frage steht aktuell auch in Thüringen, wie bei eventuellen Gas- und Stromlieferungsengpässen und Versorgungsmangel priorisiert werden soll und am besten gemindert werden können. Dazu wird es im Wirtschaftsministerium eine Arbeitsgruppe geben, welche sich im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften mit der jeweils aktuellen Sachlage und den Nebenwirkungen beschäftigen soll. Hierbei ist es wichtig, alle Facetten zu beleuchten und die Folgen umfassend zu bedenken.

Für den öffentlichen Bereich ging es im Gespräch vor allem um den vereinbarten Austausch zwischen DGB und dem führenden Bereich des öffentlichen Dienstes in den Ministerien. Hier haben coronabedingt ca. zwei Jahre keine ausführlichen Erörterungen und Diskussionen stattgefunden. Nach Zusagen von Georg Maier werden die Treffen jetzt zeitnah wieder starten und diese interne Diskussion vor allem aus den Beamtenbereich im Innenministerium vorangetrieben.

Ein weiteres Thema war die Umsetzung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes, welches zur Stärkung der Rechte des Personals und der Mitbestimmung vom Landtag geändert wurde. Hierbei wurde erneut von der SPD eine klare Position gefordert, sodass die Zuständigkeit der Personalvertretungen in allen Bereichen der Mitbestimmung auch in allen Ministerien gelebt wird. Zwar wird es beim Obergericht Weimar am 22. August 2022 zu einer Verhandlung zu diesem Thema kommen, jedoch liegt es nach Auffassung des DGB allein im Innenresort, hier eine klare Vorgabe mit der Position der SPD zu machen und umzusetzen.

Als drittes Thema stand die Diskrepanz von Haushaltsbeschlüssen und Umsetzungen in der Diskussion. Gemeint ist die Genehmigung von Anwärterzulagen für die Thüringer Polizei. Die Medien hatten umfangreich darüber berichtet. Die Anwärterzulagen sind für 2022 im Haushalt geplant, unterliegen nach dem Besoldungsgesetz aber in der Umsetzung der **Zuständigkeit** des SPD-geführten Finanzministeriums. Das Thüringer Finanzministerium hat die Umsetzung **für 2022 abgelehnt und für 2023 nur für den mittleren Dienst** mit

Ausbildungsbeginn 2023 genehmigt. Damit wird der Haushaltsbeschluss ad absurdum geführt und zudem würde 2023 der mittlere Dienst in der Ausbildung mehr Anwärterbezüge erhalten als der gehobene Dienst. Die Widersprüchlichkeit in der Haushaltsumsetzung wird aber vom SPD-Landesvorstand als Problem des Finanzministeriums und nicht als Problem der SPD gesehen, obwohl das Innenresort als für das Beamtenrecht zuständige Ministerium und das Finanzressort als das für die Besoldung zuständige Ministerium jeweils von SPD-Politikern geführt wird. Diese Haltung ist für den DGB nicht nachvollziehbar.

In dem dreistündigen Gespräch wurde klar, dass der DGB vom SPD-Landesvorstand eine klare Position erwartet, die dann auch von den SPD-geführten Ministerien entsprechend umgesetzt wird. DGB und SPD rangen gemeinsam um Lösungen im Interesse der Bürger des Freistaates. Die GdP hat im Interesse der Beschäftigten der Thüringer Polizei zu den angesprochenen Themen klare Positionen bezogen und wird an der Lösung der Probleme konstruktiv mitwirken. Es ist jetzt an der SPD-Führung, die Mitwirkung auch zuzulassen und einzufordern. ■



Intensive Diskussion in großer Runde


PARTEIEN

Jahresempfang der CDU

Am 14. Juli 2022 fand nach mehr als zwei Jahren voller Einschränkungen, Auflagen und berechtigter Vorsicht wieder ein Jahresempfang der CDU Thüringen statt. Der CDU-Landesvorstand hatte rund 500 Gäste dazu eingeladen, unter ihnen auch Vertreter der Gewerkschaft der Polizei und Führungskräfte aus der Thüringer Polizei. Der Jahresempfang stand unter dem Thema „Thüringen wieder nach vorn“ und fand im Central Club Erfurt statt.

Zu einem 90-minütigen offiziellen Teil begrüßte der CDU-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag, Prof. Dr. Mario Voigt, die Gäste. Er legte den Fokus zum einen auf die Lösungen der aktuellen Probleme, insbesondere durch Corona und den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Gleichzeitig richtete er den Blick nach vorn und will mit der CDU Thüringen Antworten darauf finden, wie Thüringen 2030 aussehen soll. Unter dem Slogan „Heimat. Land. Thüringen. 2030“ sollen Ziele und Vorstellungen dafür erarbeitet werden.

Dr. Carsten Linnemann als stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU und Mitglied des Bundestages war Ehrgast und Gastredner des CDU-Jahresempfanges. Er arbeitet sich vor allem an globalen und nationalen Themen ab. Thüringen, Deutschland und die ganze Welt stünden vor enormen Herausforderungen. Welche Antworten die CDU darauf geben wolle, das werde gegenwärtig in einem neuen Grundsatzprogramm der CDU niedergelegt. Er forderte vor allem die CDU-Mitglieder auf, sich an der Erarbeitung dieses Grundsatzprogramms zu beteiligen.

Themen der inneren Sicherheit, in der Vergangenheit immer ein Markenkern der CDU, kamen zumindest im offiziellen Teil der Veranstaltung nicht vor. Sie blieben den anschließenden Gesprächen und Begegnungen vorbehalten. Die wiedergewonnenen Möglichkeiten, sich endlich wieder persönlich zu treffen und auszutauschen, haben wir genutzt, um in angenehmer Atmosphäre in einen konstruktiven Austausch mit Vertretern der CDU Thüringen zu treten. Gesprächspartner dafür waren die Landtagsabgeordneten der CDU, Raymond Walk, der

selbst Polizeibeamter ist und verschiedene Führungsfunktionen in der Thüringer Polizei bekleidet hat, und Jörg Geibert, ehemaliger Innenminister in Thüringen. Auch CDU-Fraktionsvorsitzender Mario Voigt beteiligte sich an dem Gedankenaustausch zu aktuellen Themen der Thüringer Polizei und der inneren Sicherheit in Thüringen. Gesprochen wurde über den aktuellen Polizeihaushalt, dessen Umsetzung und die weitere Entwicklung des Haushaltes.

Der Anwärtersonderzuschlag, mit dem die Ausbildung bei der Thüringer Polizei attraktiver werden soll, war ebenfalls Gesprächsthema. Die CDU-Politiker betonten dabei, dass sie bei ihrem Votum zum Haushalt davon ausgegangen sind, dass alle in Ausbildung befindlichen Beamtinnen und Beamten in den Genuss dieses Anwärtersonderzuschlags kommen würden. Die jetzt vom Finanzministerium geplante Umsetzung des Anwärtersonderzuschlags sei sogar verfassungsrechtlich bedenklich, weil das Abstandsgebot zwischen den Laufbahngruppen auch für die Anwärterbezüge gelte.

Auch die Themen Neueinstellungszahlen und Auslastung der Ausbildungsstellen wurde mit den CDU-Politikern besprochen. Man hat den Eindruck, dass sich auch bei der CDU die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass der Personalabbaupfad der Landesregierung im letzten Jahrzehnt der Thüringer Polizei geschadet und bestenfalls den Landesfinanzen genutzt hat. In Vieraugengesprächen wird die drastische Reduzierung der Neueinstellungen bis zum Jahr 2015 sogar als Fehler bezeichnet und es ist ja leider nicht selbstverständlich, dass Politiker Fehler auch mal zugeben.

Alles in allem werteten die GdP-Vertreter die geführten Gespräche mit CDU-Politikern und anwesenden Polizeiführern als konstruktiv und zielführend. Positiv wurde überhaupt die Möglichkeit, solche Gespräche wieder führen zu können, hervorgehoben. Sie helfen, die Bedürfnisse der Polizei an die Politiker heranzutragen, die notwendigen Hintergrundinformationen zu geben und im besten Falle zu politischem Handeln zu motivieren. Dafür sind solche Veranstaltungen eine hervorragende Gelegenheit. ■



Lockere Atmosphäre beim Jahresempfang



INNERE SICHERHEIT

Polizei darf nicht zum Notnagel werden

Personenstreitigkeiten, Fußballeinsätze, Objektschutz, Alarmkontrolle, Coronabekämpfung – bei allem denkt man zuerst an eine Polizeiaufgabe. Besser fragt man nach Ursachen der Aufgabe oder der entstehenden Problemlagen bzw. der Gewalt zwischen Personen. Es gibt derzeit fast kein Thema, bei dem nicht nach mehr Polizei gerufen wird. Doch die Forderung nach mehr Polizei ist so vorhersehbar, dass sie mittlerweile niemanden mehr überrascht. So inflationär wird inzwischen nach den Ordnungshütern gerufen, wann immer gesellschaftliche Entwicklungen aus dem Ruder zu laufen drohen. So äußert sich unsere Bundesinnenministerin Nancy Faeser vor allem über Social Media, in welchen Bereichen auch Polizei zu postieren bzw. einzusetzen ist. Die Kernfrage, die dabei gestellt werden würde: Woher sollen die Ressourcen kommen? Die Polizeien der Länder sind schon jetzt personell ziemlich ausgebrannt. Und wenn man an einer Stelle beginnt – wo hört man auf? Müsste jedes Volksfest geschützt werden? Müsste man jeden Park bestreifen, in dem sich abends Menschen zum Feiern treffen? Jeden öffentlichen Platz mit einer mobilen Wache besetzen für den Fall, dass es zu Straftaten kommt? Offenbar ist die Erwartungshaltung inzwischen so groß, dass auch gesellschaftliche Gruppen nach Schutz durch die Polizei rufen, die sonst immer das Bild vom Polizeistaat als Schreckgespenst

vor sich hergetragen haben. In Hessen etwa fordern nun sogar die Jusos eine Ausweitung der Kameraüberwachung in der Innenstadt – nachdem es zu den Angriffen auf Angehörige der „queer community“ gekommen ist. Das Beispiel zeigt, wie verquer die alten Cluster inzwischen verlaufen. Gefordert wird, was gerade zur jeweiligen peer group passt. Sich mit den Tätern zu befassen, ihren Motiven für diese Form der Hasskriminalität und auch mit der Frage nach gelungener oder misslungener Integration und ausbleibender Toleranz, das bleibt dagegen aus.

Wir als Gewerkschaft der Polizei sehen den ständigen Ruf nach mehr Beamten für Tätigkeiten im öffentlichen Raum als Problemlöser für alles einzusetzen und abzustellen sehr kritisch an, zumal in Wirklichkeit weniger Polizisten vorhanden sind. Jedoch kann die Polizei nicht die Feuerwehr oder der Notnagel der Gesellschaft sein. Viele Beamte beklagen, dass ihre Arbeit kaum wertgeschätzt wird. Sobald aber der Druck aus der Politik oder vonseiten gesellschaftlicher Gruppen steigt, soll die Polizei die Missstände bereinigen, am besten sofort. Doch führt diese Entwicklung in die falsche Richtung. Es ist ein Irrweg zu glauben, dass eine immer stärkere Polizeipräsenz im öffentlichen Raum jene kurzfristig sichtbaren Probleme lösen kann, denen lange gesellschaftliche Entwicklungen vorausgehen. Bei der Bekämpfung von Jugendkriminali-

tät hatte man sich anfangs auch schwergetan mit einem täterorientierten Ansatz, der neben vielen anderen Faktoren durchaus im Hinblick auf die Sozialisierung, die ein Täter durchlaufen hatte, mit einbezogen. Inzwischen ist das in der Prävention bei der Analyse von Kriminalitätsphänomenen nicht mehr wegzudenken. Doch bei der generellen Debatte um gruppenspezifische Gewalt im öffentlichen Raum zeigt sich immer noch ganz deutlich: Jeder spricht über die Symptome, weil es das ist, was in der Gesellschaft Unruhe erzeugt. Aber niemand befasst sich gern mit den Ursachen: warum es überhaupt dazu kommt, dass Konflikte grundsätzlich mit Gewalt gelöst werden.

Bezogen auf die extreme Situation, wo Personen bzw. Gruppen auffallen, wird von uns dargelegt, dass dortige Einsätze zu einem ständig wiederkehrenden Bestandteil unserer Arbeit gehören. Es gäbe auch einen Ansatz für Lösungen. Aber es ist natürlich viel einfacher, nach mehr Polizei zu rufen. Leider wird durch den Föderalismus, die Wertschätzung und andere Faktoren der junge Mensch sich nicht gerade danach zerreißen, der Problemlöser für alles zu werden, wenn er eine andere Wahl hat. Es sollte mehr darüber nachgedacht und gehandelt werden, wie wir miteinander, füreinander die Sachverhalte angehen. Polizei stärken und aufbauen – ja, jedoch als Notnagel einsetzen – NEIN! ■



Foto: GfP



Foto: DGB


SENIORENJOURNAL

Theaterbesuch einmal anders

Am 2. Juni 2022 hat die Seniorengruppe der GdP-Kreisgruppe Suhl ein Highlight gestaltet – einen Besuch des Meininger Theaters. Wir nutzten das Angebot einer Führung durch das Theater mit Erläuterungen zur Geschichte des und der Arbeit im Theater.

Die 90 Minuten der Führung vergingen wie im Flug. Mal auf der Bühne stehen und in den Zuschauerraum blicken, mal Räumlichkeiten und Arbeitsmittel der Maskenbildner und anderen Mitarbeiter des Theaters sehen und erläutern bekommen. Die Rüstkammer besichtigen mit der Menge der auch noch originalen Waffen aus der Zeit Herzog Georgs. Den Blauen und den Grünen Salon besichtigen und im Stuhl des Herzogs Platz nehmen.

Die Erläuterungen zur Geschichte des Hauses und zur Entwicklung des Theaters (Die sogenannten „Meininger“, die u. a. eine naturalistische Darstellungsweise propagierten, sorgten für Aufsehen und revolutionierten schließlich die Theaterwelt. Das Prinzip der Einfühlung des Schauspielers in die Rolle zählt heute zu den Grundlagen des Erfolgs der Filmfabrik Hollywood [nachzulesen unter [https://www.meinigen.de/so-ist-meinigen/kul](https://www.meinigen.de/so-ist-meinigen/kultur-entdecken/theater-und-buehne)

tur-entdecken/theater-und-buehne]) waren sehr interessant.

Als wir die Bühne betraten, waren wir überrascht von ihrer Größe. Imposant war auch die Anzahl der Scheinwerfer. Wir erfuhren, warum der Schnürboden Schnürboden heißt und warum der Souffleur bzw. die Souffleuse an der Seite der Bühne sitzt. Auch am Theater gibt es einen Fachkräftemangel, nämlich Souffleur/Souffleuse. Diese Tätigkeit ist zwar kein Ausbildungsberuf und man benötigt dazu nicht einmal einen Schulabschluss, aber die Anforderungen an diese Tätigkeit sind krass. Nachdem sie uns kurz erläutert wurden, kamen wir zum Schluss – Souffleur/Souffleuse kann nur jemand wirklich gut machen, wenn die Person wahnsinnig stark für das Theater brennt. Es werden Fremdsprachenkenntnisse erwartet, sie sollten Noten lesen und verstehen können, deutlich sprechen und nebenbei Psychologe sein. Freizeit ist die Zeit, in welcher der Souffleur, die Souffleuse mal nicht bei Proben, Premieren, Arbeitsgesprächen etc. anwesend sein muss.

Weiter ging es durch das Haus. Nach dem Grünen Salon, in welchem Besprechungen des Herzogs mit Künstlern stattfanden, besuchten wir den Blauen Salon, den Vorraum

zur Loge des Theaterherzogs. Dieser Raum ist noch mit dem gleichen Mobiliar ausgestattet wie damals.

Nach so vielen Informationen über die geschichtlichen Hintergründe und die Personen, die damit im Zusammenhang standen, ging es im zweiten Teil des Rundgangs zu den Künstlergarderoben und den Arbeitsplätzen der Maskenbildner. Zuletzt durften wir in der Rüstkammer stöbern. Einzige Bedingung: keine Handschellen ausprobieren, da die Schlüssel nicht greifbar waren.

Viele neue Eindrücke und Erkenntnisse nahmen wir von unserem Besuch des Theaters mit. Insgesamt waren 33 Senioren und ein Junior in zwei Gruppen durchs Haus geführt worden. In diesem Zusammenhang noch mal folgender Hinweis: Wir sind zwar Senioren der GdP, aber auch Familienmenschen. In Vorbereitung des Theatertermins bekam ich einen Anruf mit der Anfrage, ob man auch seinen Enkel mitbringen dürfe. Natürlich darf man. Das möchte ich noch mal ausdrücklich sagen. Den Vormittag schlossen wir in der Gaststätte „Henneberger Haus“ mit einem guten Mittagessen und netten Gesprächsrunden ab.

Andreas Schauseil,
Vorsitzender SG Suhl



Auf den Brettern, die die Welt bedeuten



Ausklang in gemütlicher Runde

Fotos (2): Schauseil



SENIORENJOURNAL

Schlosspark und Burghoftheater

Sommer = Kultur: Das ist die Kurzformel für die Veranstaltungen der Seniorengruppe Jena im Juni und Juli 2022. Am 29. Juni 2022 stand eine Besichtigung von Schloss Kromsdorf auf dem Plan. Burkhard Gieseke hatte den Besuch vorbereitet und den Kromsdorfer Gunter Braniek als Schlossführer gewonnen. Braniek, der studierter Geologe ist und als Referent bei der

zum Teil auch mit Büsten bestückt. Herzog Wilhelm Ernst bestückte ab 1709 weitere Nischen mit Büsten und gab neue in Auftrag. „Es gibt 32 europäische Büsten und 32 orientalische Büsten. Die Herrscher und Heerführer sind mit 45 Büsten mit Abstand in der Überzahl. Dichter und Denker hingegen gibt es nur drei. Auffällig ist außerdem, dass nur eine Frau mit Namen genannt wird: Anne Stuart. Die anderen weiblichen Büsten tragen unpersönliche Bezeichnungen wie zum Beispiel „Weib von der Insel Chios“ und ähnliche. (Quelle: Wikipedia)

Bei dem historischen Abriss zur Geschichte des Schlosses und des Parks sowie der Erläuterung der Büsten erwies sich Gunter Braniek als profunder Kenner zur Kromsdorfer, zur Weimarer, zur europäischen und internationalen Geschichte. Die Senioren

waren beeindruckt von der Vielzahl von Informationen, die von unserem Schlossführer angeboten wurden. Keine Frage blieb unbeantwortet. Viele den Teilnehmern durchaus auch bekannte Fakten wurden in einen neuen Kontext gestellt und erhielten dadurch eine andere Dimension. Die rund 90 Minuten der Führung verliefen sehr kurzweilig und waren aufgrund der geringen

Größe des Areals für alle auch gut zu bewältigen.

Gleich noch mal Kultur gab es dann am 28. Juli 2022. Inzwischen schon zur Tradition geworden ist Ende Juli jedes Jahres ein Besuch im Burghoftheater der Kurz & Kleinkunsthöhle Jena im Wasserschloss Kapellendorf. In diesem Jahr trug die Veranstaltung den Titel „JEDERMANN oder Das murrende Volk dreht am Rad“, allerdings nicht in der Version, wie sie jedes Jahr in Salzburg zu sehen ist.

Arnd Vogel schlüpfte in die Rolle des reichen Mannes, und der braucht weder Tod noch Teufel, um in Bedrängnis zu geraten.

Und so ging es im Innenhof der Wasserschlossburg turbulent zu, wenn Mammon, der beste Freund des reichen Mannes, sich der Inflation hingibt, Jedermanns 96-jährige Mutter gute Ratschläge erteilt, gleich mehrere Buhlschaften auftauchen und zu allem Überfluss das murrende Volk mächtig am Rad dreht. Wer möchte in so einer Situation noch den reichen Mann spielen? Zu erleben war eine vollkommen neue Interpretation des Jedermann-Stoffs, denn die wirkliche Frage muss doch lauten: Was ist es denn, was unser Leben wirklich reich macht? Auf der Bühne standen Arnd Vogel, Gabriele Reinecker, Stefan Töpelmann, Ilka Flegel und Pauline Reinecker-Pabst. Der Humor kam nicht zu kurz, wenngleich die Kabarettisten auch mit vielen Themen zum Nachdenken anregen. Alles in allem ein sehr vergnüglicher Abend bei bestem Wetter. ■



Foto: Oschätz

Gunter Braniek (r.) erläutert die Büsten.

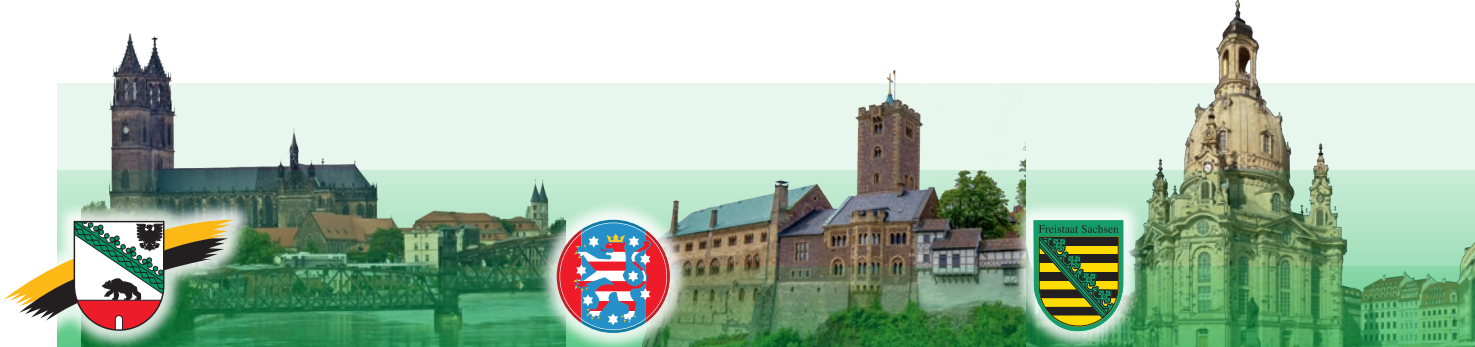
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag arbeitet, hatte vorzeitig ein Sitzung seiner Fraktion verlassen, um pünktlich unsere Führung zu beginnen. An der Stelle haben wir dann bemerkt, dass es gar keine Führung durch das Schloss, sondern eine Führung durch den Schlosspark gibt. Das Schloss in seiner heutigen Form wurde um 1580 erbaut. Danach hat es mehrfach den Besitzer gewechselt. Wichtige Personen in der Geschichte des Schlosses waren Baron Johann Theodor de Mortaigne, Großherzog Carl August von Sachsen-Weimar und dessen Sohn Carl Friedrich und Maria Pawlowna. Derzeit beherbergt das Schloss nur eine Anwaltskanzlei. Rechtsanwalt Peter Möller bewirtete uns während der Wartezeit mit Mineralwasser.

Zum Schloss gehört ein Schlosspark, der an drei Seiten von einer Mauer begrenzt wird. In die Umfassungsmauer sind 64 Nischen eingelassen, in denen ebenso viele Büsten stehen. Die Nischen wurden von Baron Mortaigne 1666 in Auftrag gegeben und



Foto: Gieseke

Gleich geht die Vorstellung los ...



INFO-DREI

Hubschrauberstaffel der Polizei in ...

... Sachsen-Anhalt

Die Polizeihubschrauberstaffel hat den Anspruch, dem Umfang der möglichen Unterstützungsleistungen für andere Einsatzkräfte stets gerecht zu werden. Dabei ist bereits seit der Gründung der Staffel im Jahr 1992 das Personal nur so bemessen, dass eine 24/7-Verfügbarkeit nicht gewährleistet war. Seit 2018 wurde mit Versuchsmodellen eine Mehrabdeckung durch Dienstzeitverlagerungen versucht. Das Schließen von Lücken in den späten Abendstunden sorgte aber für Lücken in den Morgenstunden, denn es blieb bei zwei Schichten an den Wochentagen. Eine merkliche Steigerung ist nur durch den Aufbau von Personal möglich.

Wir sind auf einem guten Weg, denn mit dem derzeitigen Überhang aus neu gewonnenem Personal kann bis zur Pensionierung der nächsten Piloten und Systemoperatoren in den kommenden fünf Jahren ein Dreischichtsystem in der Woche gestellt werden (noch nicht durchgehend aufgrund von Lehrgangsmaßnahmen). Der landeseigene Hubschrauber ist dann von Montag 6 Uhr bis Samstag 6 Uhr durchgehend im Dienst. Am Wochenende bleibt es derzeit noch bei einer Besatzung, welche regulär von 10 Uhr bis 18 Uhr im Dienst ist. Eine Anpassung dieser Schicht ist jederzeit möglich. Nun heißt es aber, sich nicht darauf auszuruhen und auch Dienstposten zu schaffen, weiteres Personal zu generieren und erfolgreich auszubilden, um nicht im Laufe der nächsten Jahre wieder auf das alte Dienstsysteem zurückfallen zu müssen, weil Personal fehlt. Die Belegschaft der Staffel ist motiviert, ihre Arbeitskraft auch durchgehend und in der Nacht anzubieten. Gerade mit der Erneuerung der Flotte auf zwei H145-Hubschrauber von Airbus Helicopters mit neuen technischen Systemen, die die Arbeit der Besatzungen erleichtern und eine effektivere Unterstützung ermöglichen, sollten diese Investitionen auch mittelbar bei den anfordernden Dienststellen ankommen, denn für die Kräfte am Boden sind wir da.

BG Landesbereitschaftspolizei

... Thüringen

Grundlage für den Ausbau der Hubschrauberstaffel war eine am 01. April 1997 in Kraft getretene Entwicklungskonzeption des Innenministeriums. Im Jahr 2007 wurde ein Polizeihubschrauber neuester Generation beschafft. Der Neue vom Typ EC 145 übertrifft die alten Maschinen vom Typ BO 105 in ihren technischen Daten und Flugeigenschaften erheblich. Nach Entscheidung des Thüringer Innenministeriums stehen der Hubschrauberstaffel seit Juli 2009 nur noch 2 Einsatzmaschinen zur Verfügung. Im Februar 2010 konnte die Belegschaft der Hubschrauberstaffel ihr neu errichtetes Dienstgebäude beziehen. Das auf 1760m² Bruttogrundfläche entstandene Gebäude mit Bürotrakt und Hangar bietet Abstellplätze für zwei Hubschrauber und Stellplätze für Dienstfahrzeuge. Neben den Arbeitsräumen stehen nun ausreichende Umkleide-, Sozial- und Sanitäräume für den Dreischichtbetrieb rund um die Uhr zur Verfügung. Auch ein Werkstatt- und Wartungsbereich wurde eingerichtet. Seit knapp zweiundzwanzig Jahren ist die PHuStTh nun im Schichtdienst an allen sieben Tagen rund um die Uhr einsatzbereit. Im Jahr 2018 wurde eine zweite EC 145 beschafft und die letzte BO 105 ausgemustert. Polizeihubschrauber sind Führungs-, Einsatz- und Transportmittel. Sie dienen der Unterstützung der Polizei bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in allen Dienstbereichen entsprechend ihrer spezifischen Möglichkeiten. Dahingehend wird eine personelle und materielle Verfügbarkeit rund um die Uhr gewährleistet. Am Tag dienen sie als mobile Führungsstelle oder zu Aufklärungsmaßnahmen, im Verkehrsdienst, zu Fahndungsmaßnahmen, zur Suche nach vermissten Personen, zur Überwachung im Umweltschutz sowie zur Überwachung von Großveranstaltungen, großen Schadenseignissen und Katastrophen. Durch die technische Ausstattung und die Wärmebildkamera kann theoretisch zu jeder Tages- und Nachtzeit der Einsatz der Maschinen erfolgen.

Monika Pape

... Sachsen

Die Polizeihubschrauberstaffel ist seit dem 1. Januar 2013 einer von vier Fachdiensten beim Präsidium der Bereitschaftspolizei Sachsen. Es wird in zwei Schichten von Montag bis Sonntag jeweils von 7 Uhr bis 24 Uhr Dienst verrichtet. Zur Polizeihubschrauberstaffel Sachsen gehören der Fachdienstleiter in der Laufbahngruppe 2.2, acht Piloten, neun Flugtechniker, sieben Systemoperatoren, fünf Flugkoordinatoren und drei Angestellte. Der Polizeihubschrauberstaffel stehen drei Hubschrauber vom Typ EC 135 vor Airbus Helicopters zur Verfügung.

Zum Einsatzspektrum der Polizeihubschrauberstaffel gehören Flüge aus den Bereichen Beobachtung (Aufklärung, Fahndung, Livebildübertragung, Beweissicherung, Observation, Funkmessverfahren), Transport (Gefangenentransport, Schutzpersonen, Staatsregierung, Lasten, Absetzen/Aufnehmen vom SEK), Außenlast und Luftraumschutz. Die Polizeihubschrauberstaffel ist für ganz Sachsen zuständig, und zur Anforderung sind die Polizeidirektionen, Fachhochschule Polizei, das Landeskriminalamt, die Bereitschaftspolizei, das sächsische Staatsministerium des Inneren sowie die Leiter der Berufsfeuerwehren berechtigt. Auch bundeslandübergreifende Einsätze werden geflogen. Es werden im Jahr rund 1.100 Flugstunden absolviert.

In der 28. Kalenderwoche hatte die Polizeihubschrauberstaffel an der Feuerweherschule in Würzburg die Möglichkeit, den Transport von SEMAT-Behältern, welche zum Transport von Löschwasser dienen, zu üben. Dadurch konnte eine Menge Erfahrung beim Löschen von Waldbränden aus der Luft gesammelt werden. Niemand konnte vorhersehen, dass die Polizeihubschrauberstaffel diese Erfahrungen nur kurze Zeit später bei den Waldbränden in der sächsisch-böhmischen Schweiz würde anwenden müssen. Die Besatzungen wurden dort bis zu ihrer physischen und psychischen Leistungsgrenze gefordert.

Mike Pfützner